

Offener Brief an die Senatorin der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung Katharina Fegebank und die Hochschulen in Hamburg

Keine Krisenlösung auf unsere Kosten Studentische Existenzgrundlagen sichern!

Die aktuelle gesundheitspolitische Situation bringt besonders deutlich die Grundkonflikte dieser Gesellschaft zum Ausdruck. Es zeigt sich gerade jetzt, wie sehr die Lohnabhängigkeit der Mehrheit der Studierenden als existenzielle Gefahr unsere Zukunft bedroht. Momentan werden viele der sowieso schon prekären Tätigkeitsbereiche (Gastronomie, Kulturbereich, Honorararbeit etc.) eingestellt, mit denen wir unser Studium finanzieren und uns über Wasser halten. Dadurch fallen viele von uns in eine existenzielle Krise.

Wir sind Teil der 4.000 Studierenden, die ihre Existenz aktuell durch ein Anstellungsverhältnis in einer Hamburger Hochschule sichern. Dadurch gewährleisten wir den Lehr- und Forschungsbetrieb in Hamburg. Insbesondere jetzt, wo sich erneut auf drastische Weise zeigt, wie sehr es das BAföG als Vollzuschuss für alle Studierenden braucht, dürfen die Hochschulen die Lebensgrundlage von uns studentisch Beschäftigten nicht aufs Spiel setzen. Die Uni darf die Belastungen rund um COVID-19 dürfen nicht uns Studierenden aufgebürdet werden. Wir nehmen es nicht hin, dass uns zugesagte Vertragsverlängerungen, vereinbarte Aufstockungen und der Abschluss von neuen Arbeitsverträgen gezielt verzögert, wenn nicht sogar verhindert werden. Als studentische Beschäftigte wehren wir uns gegen diese Existenzgefährdung und fordern Solidarität von allen Mitgliedern der Hochschulen, von der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung und vom Senat! Auch wenn Personalrat und Dozierende sich für die Verlängerung der Verträge einsetzen, liegt es in der Verantwortung von Politik und Hochschulleitung, uns unser Lernen zu ermöglichen.

Jetzt erst recht fordern wir einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte. Als integraler Bestandteil der Hochschulen nehmen wir die schlechten Arbeitsbedingungen für studentische Hilfskräfte und Tutor*innen nicht länger hin. Die Hamburger Senatspolitik hat uns vom TVL und aus dem Personalvertretungsgesetz ausgeschlossen. Dagegen braucht es eine umfassende und einheitliche rechtliche Absicherung all derjenigen, die als Studierende an den Hochschulen in Lohnarbeit stehen. Ein eigener Tarifvertrag ist für uns Studierende eine Garantie auf Rechtssicherheit, auf eine verbesserte Möglichkeit, unsere Arbeitnehmer*innenrechte zu wahren und auf die Möglichkeit, selbst für eine bessere Entlohnung zu streiten.

Darüber hinaus solidarisieren wir uns mit der Initiative „Solidarsemester 2020“ (solidarsemester.de). Unter Beteiligung des freien Zusammenschlusses von Student*innenschaften (fzs), des Bundesverbands ausländischer Studierender, des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft), der Hochschulgewerkschaft unter_bau, des Aktionsbündnisses gegen Bildungs- und Studiengebühren, der politischen Hochschulverbänden Campusgrün, der Juso Hochschulgruppen und des SDS und einigen mehr wird eine solidarische Beantwortung der Krise entworfen, die die drohende und bereits real eingetretene soziale Härte für Studierende in den Fokus nimmt. Wir fordern die Hochschulen, die BWFG und den Senat auf, in diesem Sinne aktiv zu werden!



TV STUD
Hamburg

Wir fordern:

- Auch unsere Gesundheit muss vor einem zum Scheitern verurteilten Versuch der künstlichen Aufrechterhaltung des akademischen Normalbetriebs stehen.

- Dort, wo studentischen Beschäftigten kein Arbeitsumfeld gewährleistet werden kann, in denen sie sicher vor Infektionen tätig sein können, muss der Arbeitsbetrieb bei vollem Lohnausgleich eingestellt werden und bleiben.

- Wie auch in anderen nicht systemrelevanten Bereichen der Gesellschaft, muss mit Hinblick auf die gegenwärtigen Situation, die Frage nach der Dringlichkeit der Aufrechterhaltung der jeweiligen Tätigkeit stehen. Denn auch bei uns sollte die Gesundheit an erster Stelle stehen und ansonsten die bezahlte Freistellung für die nächsten 2 bis 4 Wochen (bzw. der Einschätzung der Experten folgend) ermöglicht werden.

- Allen studentischen Beschäftigten und jenen, die sich im Einstellungsprozess befinden, muss ihr Einkommen garantiert und unbürokratisch ausgezahlt werden.

- Zugesagte Verträge umgehend rechtssicher festzuhalten. Ein Zurückziehen aufgrund der aktuellen Einschränkungen ist nicht zu dulden.

- Vereinbarte Aufstockungen von Arbeitsstunden und Verlängerungen von Arbeitsverträgen müssen umgehend in Kraft treten. Auch hier muss den Studierenden Rechtssicherheit gegeben werden.

- Die soziale Härte durch die Folgen der Coronakrise von uns Studierenden abzuwenden, indem das Solidarsemester 2020 umgesetzt wird

Gerade jetzt braucht es soziale Sicherheit, daher: Einen Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten und Tutor*innen!

TVStud Hamburg am 21.04.20

Kontakt

Mail: info@tvstud-hamburg.de

Handy: 015217520753

Telegram: <https://t.me/TVStudHH>

Facebook: @TVStudHH

Instagram: @TVStud_HH

Twitter: @TVStud_HH



TV STUD
Hamburg